

Duisburger Aufruf zum Nationalen Stahlgipfel 2020



Stahlproduktion in Duisburg sichern heißt, nationale Wertschöpfungsketten bewahren und Arbeitsplätze erhalten.

17. Juli 2020

Duisburger Aufruf zum Nationalen Stahlgipfel 2020

Stahlproduktion in Duisburg sichern heißt, nationale Wertschöpfungsketten bewahren und Arbeitsplätze erhalten.

Duisburg ist das Herz der Stahlerzeugung Europas. Stadt, Wirtschaft und IHK bekennen sich weiterhin zum Stahlstandort und machen sich auf allen politischen Ebenen für die Belange der Stahlindustrie stark.

Etwa die Hälfte des erzeugten Roheisens und ein Drittel des Rohstahls in Deutschland werden in Duisburg produziert. Mit einer jährlichen Produktion von rund 15 Millionen Tonnen Rohstahl ist die Stadt der wichtigste Stahlstandort der EU. Stahl ist ein weltweit gefragtes Hightech-Produkt. Er ist Basis und Grundlage für einige der wichtigsten Wertschöpfungsketten in Deutschland wie der Automobilherstellung. Innovationen aus Duisburg sind zentraler Baustein des Exporterfolgs unserer Wirtschaft. Die Duisburger Stahlindustrie ist mit rund 18.500 direkt Beschäftigten mit Abstand der größte Arbeitgeber unseres Standortes. Hinzu kommen die Beschäftigten bei Zulieferbetrieben und Abnehmern.

Aber: Die Stahlindustrie in Deutschland und in Duisburg ist in akuter Gefahr. Die Absatzschwäche, die durch die aktuelle Corona-Krise ausgelöst wurde, trifft die Branche in einer ohnehin schwierigen Zeit. Steigende Energiekosten, Exporthindernisse und zunehmende Anforderungen bei Klimaschutz und Genehmigungen belasten alle Stahlhersteller in Deutschland. Sie verstärken das Ungleichgewicht im internationalen Wettbewerb. Während die Stahlunternehmen in Duisburg ihre Produktion krisenbedingt angepasst haben, wurde in anderen Regionen der Welt weiterproduziert oder die Stahlerzeugung teilweise noch erhöht. Dies führt, nicht zuletzt aufgrund der unzureichend angewandten Handelschutzinstrumente, zu einer immer stärkeren Importschwemme.

Wir setzen uns dafür ein, die Stahlerzeugung als Basisindustrie und Ausgangspunkt für Wertschöpfungsketten von nationaler Bedeutung zu erhalten, sie zukunftsfähig umzubauen und langfristig klimaneutral auszurichten. Der Standort Duisburg hat dafür beste Voraussetzungen. Stahlhersteller und Stadt arbeiten Hand in Hand, um Genehmigungen zu beschleunigen und Flächen für die industrielle Produktion bereitzustellen bzw. Flächenrestriktionen aufzulösen. Die Rohstoffversorgung kann hier kostengünstig sichergestellt werden. Mit Wasserstraße und Schiene verfügt der Standort neben der Straße über zwei attraktive Transportalternativen. Für den Transformationsprozess hin zu einer wasserstoffbasierten Stahlproduktion sind hier die erforderlichen Flächen und das notwendige wissenschaftliche Know-how vorhanden. Außerdem ergeben sich für den Standort, der eine der wichtigsten europäischen Logistikkreisläufe ist, wichtige Synergieeffekte beim Einsatz von Wasserstoff im Transportwesen.

Damit aber der Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Stahlproduktion gelingen kann, benötigt der Stahlstandort ein klares Bekenntnis der Politik. Stahlhersteller und die Stadt Duisburg brauchen mehr Rückendeckung, damit ihre Anstrengungen, den Transformationsprozess vor Ort gemeinsam zu gestalten, zum Erfolg führen können. Konkret fordern wir deshalb:

- die EU, Bundes- und Landesregierung auf, ihren Bestrebungen, die industriellen Kerne zu bewahren und die Industriearbeitsplätze zu erhalten, zu verstärken.
- die Bundesregierung auf, wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise zu gewährleisten.
- die Bundesregierung auf, Duisburg zu einem Modellstandort der Wasserstoffstrategie zu machen und einen Leitmarkt für grünen Stahl zu schaffen.
- die EU-Kommission und die Bundesregierung auf, schnell einen wirksamen Schutz vor subventionierten Billigimporten zu gewährleisten und faire Wettbewerbsbedingungen auf dem globalen Stahlmarkt zu erzwingen (Level Playing Field).
- die EU-Kommission auf, keine weiteren Verschärfungen der bisherigen Reduktionsziele vorzunehmen sowie eine stabile Zertifikate-Zuteilung im Sinne einer Freizuteilung und Beibehaltung der Strompreiskompensation im Emissionshandel, die auch die Verwerfungen durch die Corona-Krise berücksichtigt, zu organisieren. Die EU muss sicherstellen, dass keine Verlagerung von energieintensiven Industrien in Länder mit geringerem Schutzniveau stattfindet (Carbon-Leakage-Schutz).
- die EU, die Bundes- und Landesregierung auf, ausreichende finanzielle Anreize und Genehmigungserleichterungen zu schaffen, damit die Unternehmen die grüne Transformation stemmen können.
- die Bundes- und die Landesregierung auf, die Erreichbarkeit der Unternehmen auch bei Niedrigwasser sicherzustellen sowie die Ertüchtigung der Brücken und Autobahnen voranzutreiben, um die Erreichbarkeit zu sichern.

Die Entscheidungen, die heute politisch getroffen werden, bestimmen über die Zukunft einer wettbewerbsfähigen und umweltfreundlichen Stahlindustrie.

Lassen Sie uns gemeinsam in diesem Sinne daran arbeiten!

Sören Link
Oberbürgermeister
Stadt Duisburg



Burkhard Landers
Präsident
Niederrheinische IHK



Niederrheinische Industrie-
und Handelskammer
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg

Dr. Martin Theuringer
Geschäftsführer
Wirtschaftsvereinigung Stahl



Dieter Lieske
Erster Bevollmächtigter/Geschäftsführer
IG Metall Duisburg-Dinslaken



Paul Tetteroo
Geschäftsführer
ArcelorMittal Duisburg GmbH

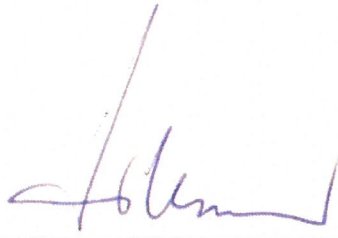
Wolfgang Kleber
Betriebsratsvorsitzender
ArcelorMittal Duisburg GmbH



ArcelorMittal



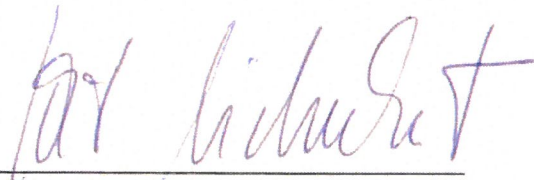
ArcelorMittal



Dr. Carsten Hillmann

Geschäftsführer

DK Recycling und Roheisen GmbH

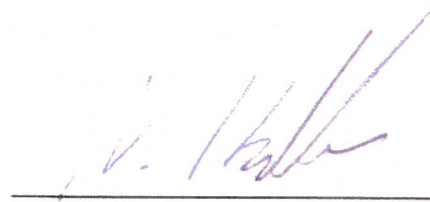


Dr. Herbert Eichelkraut

Geschäftsführer

Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH

STAHL.
DAS SIND WIR. 

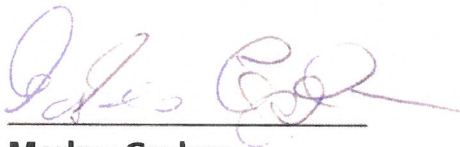


Norbert Keller

Betriebsratsvorsitzender

Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH

STAHL.
DAS SIND WIR. 



Markus Grolms

Vorstand

thyssenkrupp Steel Europe AG



Tekin Nasikkol

Betriebsratsvorsitzender

thyssenkrupp Steel Europe AG

